

Bezahlbaren Wohnraum in Laboe sicherstellen - Antrag

„In Deutschland gibt es immer weniger öffentlich geförderten Wohnraum: 2013 gab es 1,48 Millionen eigens für sozial schwache Bürger geschaffene Wohnungen, 2001 waren es noch rund 1,8 Millionen, 1987 sogar noch 3,9 Millionen Sozialwohnungen.“ So die Beschreibung einer Misere in den Kieler Nachrichten vom 14./15. Mai 2016.

Insgesamt werden, so das auf Stadtentwicklung spezialisierte Pestel Institut, **grundsätzlich** erheblich zu wenig Wohnungen gebaut, was einen Erfolg auf dem Wohnungsmarkt für weniger bemittelte Menschen und Familien zusätzlich deutlich verschlechtert.

Dazu kommt, dass bezahlbarer Wohnraum, früher sozialer Wohnungsbau, seit langem dadurch zum Steinbruch geworden ist, dass die Kommunen nach 20- oder 35-jähriger Bindungsfrist öffentlich geförderten Wohnraum verkaufen, um kommunale Haushalte zu sanieren. Dies zum eindeutigen Nachteil der Menschen, die auf dem sich verteuernenden Wohnungsmarkt kaum noch bedarfsgerechte Wohnungen bezahlen können.

Insgesamt eine Entwicklung, die vor dem Hintergrund der sich immer weiter öffnenden Armutsschere und des steigenden Bedarfs an bezahlbarem Wohnraum durch Singlehaushalte zu einer verantwortungslosen, weil menschenunwürdigen Situation für viele Menschen geführt hat, die außerdem zurzeit deutlich eskaliert.

Die SPD sieht in Laboe erheblichen Handlungsbedarf, da sich diese bundesweite Situation auch in Laboe widerspiegelt. Eine Wohnungsbaugenossenschaft bewirtschaftet in Laboe noch 94 Wohnungen, deren Belegungs- und/oder Mietbindungen in den nächsten vier Jahren auslaufen. In Zusammenarbeit mit dem Land können für den Neubau von bezahlbarem Wohnraum für untere und mittlere Einkommenschichten Förderprogramme in Anspruch genommen werden. Voraussetzung dafür ist nach Auskunft des zuständigen Referatsleiters in der Landesregierung jedoch, dass vor allem die Kommune tätig werden muss.

Wie kann die Gemeinde Laboe tätig werden?

Zum einen sollte eine begleitende Beratung wahrgenommen werden, die das Land anbietet. Darüber hinaus bieten sich mehrere Wege an, die sich in den folgenden Beschlussvorschlägen widerspiegeln:

Beschlussvorschlag:

1. Die Gemeindevertretung beschließt,
 - a. sich aktiv für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum in Laboe einzusetzen,

- b. die Verwaltung zu beauftragen, alle Neu- und Umbauvorhaben von Mehrfamilienhäusern im Gemeindegebiet daraufhin zu prüfen, ob eine Verpflichtung zur Erstellung von bezahlbarem Wohnraum vertraglich möglich ist. In den positiv zu bewertenden Fällen ist der Abschluss eines solchen Vertrages anzustreben.
 - c. für die Umsetzung des Ziels, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, wird auch der Erwerb von geeigneten Grundstücken durch die Gemeinde Laboe als eine Möglichkeit angesehen.
2. Die Bürgermeisterin wird gebeten
- a. festzustellen, für wie viele Wohnungen im Gemeindegebiet die Mietparteien einen Wohnberechtigungsschein vorlegen müssen und wie sich die Zahl der Wohnungen in den kommenden 5 Jahren / 10 Jahren voraussichtlich entwickeln wird;
 - b. der Selbstverwaltung eine Prognose über den zukünftigen Bedarf an bezahlbarem Wohnraum für Laboe vorzulegen;
 - c. die gemeindeeigenen Grundstücke aufzulisten, die als Baugrundstücke für den Bau von bezahlbarem Wohnraum in Frage kommen und/oder für diesen Zweck – zum Beispiel durch Umzug/Verlegung - hergerichtet werden könnten;
 - d. die Grundstücke im Gemeindegebiet zu erfassen und aufzulisten, die – auch nach Erwerb durch die Gemeinde - als Baugrundstück für die Errichtung von bezahlbarem Wohnraum in Frage kommen könnten.
3. Die Vertreter der Gemeinde Laboe im Amtsausschuss werden gebeten, eine Diskussion mit dem Ziel anzustoßen, dass das Amt Probstei die Rolle eines Bauherrn (z. B. als Wohnungsbaugenossenschaft) für bezahlbaren Wohnraum übernimmt.



Volkmar Heller, für die Fraktion der SPD Laboe